



Fortschritt dient Mensch und Umwelt.

- Leitantrag des Parteivorstandes -

**59. Parteitag 1995
der Christlich-Sozialen Union
8./9. September 1995, München**

Der Parteitag möge beschließen:

Der Mensch

Seit jeher steht der Mensch im Mittelpunkt der Politik der CSU. Die Bewahrung der Schöpfung, des menschlichen Lebens ebenso wie der natürlichen Lebensgrundlagen war und ist Kernanliegen konservativer Politik. Zur Lebensqualität des Menschen gehört auch eine intakte Umwelt. Deshalb muß und wird der Weg in die Zukunft den Schutz der Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung weiter miteinander verbinden.

Umwelt und Natur sind gemeinsames Gut aller Menschen der heutigen und künftigen Generationen. In ihrer Politik für die Umwelt nimmt die CSU auch deren Interessen wahr. Die Soziale Marktwirtschaft ist Garant für den Dienst am Menschen und an der Umwelt. Flexibel und orientiert an der Werteordnung des christlichen Menschenbildes bewältigt sie wie keine andere Wirtschaftsform umweltpolitische Herausforderungen.

Umweltschutz

Der konsequente Einsatz für den Schutz von Umwelt und Natur hat bei uns politische Tradition. Die CSU hat beim Schutz von Umwelt und Natur Pionierarbeit geleistet: Bereits vor 25 Jahren hat Bayern als weltweit erstes Land ein Umweltministerium gegründet und bundesweites Umweltbewußtsein geprägt - immer mehr Menschen handeln umweltbewußt und immer mehr Unternehmen stellen ihre Produktion auf umweltfreundliche Verfahren und Erzeugnisse um.

Erfolge und Kompetenz der CSU gehen aus vielen Beispielen hervor.

In Bayern hat die CSU Maßstäbe gesetzt:

- * Bayerische Seen haben Trinkwasserqualität.
- * Bayern hat das Instrument des Vertragsnaturschutzes entwickelt, welches mittlerweile viele Länder übernommen haben.

- * Mit dem Kulturlandschaftsprogramm, dem Alpenplan und der Ausweisung von Naturschutzgebieten nimmt Bayern eine Spitzenstellung ein.
- * Das Bayerische Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz ist eines der modernsten in Europa.
- * Bei der Verwertungsquote für Hausmüll (1993: 53 Prozent) liegt Bayern bundesweit an der Spitze.
- * Das Gesamtabfallaufkommen liegt in Bayern um ein Viertel unter dem Durchschnitt der übrigen Bundesländer.
- * Bei der Sanierung von Altlasten hat Bayern mit der von Staat und Wirtschaft anteilig finanzierten Gesellschaft für Altlastensanierung und dem Altlastensanierungsfonds Zeichen gesetzt.
- * Bayern ist Vorbild beim Bau moderner Kläranlagen. In die 3.000 Kläranlagen in Bayern haben die Städte und Gemeinden mit Förderung des Freistaats 24 Mrd. D-Mark investiert.
- * Der Ausstoß von Schwefeldioxid pro erzeugter Kilowattstunde durch Kraft- und Heizkraftwerke ist in Bayern gegenüber 1976 um 98 Prozent zurückgegangen.
- * Bayern erprobt in vielfältiger Weise alternative Antriebstechnologien, u.a. Elektro- und Erdgasbusse, Wasserstofffahrzeuge und Biodiesel.
- * Die klimabedrohenden energiebedingten CO₂-Emissionen sind in Bayern um mehr als ein Drittel niedriger als im Bundesdurchschnitt.
- * Bei der Stromgewinnung durch Sonne, Wasser, Wind und Biomasse liegt Bayern bundesweit vorn. Von den rund 21 Mrd. Kilowattstunden Strom, die in Deutschland im letzten Jahr aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen wurden, stammten mehr als die Hälfte aus dem Freistaat.

Nahezu 60 Prozent des deutschen Stroms aus Wasserkraft wurden in Bayern produziert, mehr als ein Viertel des Sonnenstroms und ein Fünftel des Stroms aus Biomasse kam aus Bayern.

- * Mit der Förderung von Umweltforschung durch die Bayerische Forschungsstiftung hat der Freistaat weitere Maßstäbe gesetzt.

In Deutschland und Europa ist die CSU stets Vorreiter in Sachen Umweltschutz:

- * Die Einführung des Katalysators war ein wichtiger Meilenstein unserer Umweltpolitik. Der Anteil schadstoffarmer PKWs beträgt zur Zeit 70 Prozent des Gesamtbestandes.
- * In Deutschland beträgt der Absatz von unverbleitem Benzin nur wenige Jahre nach Einführung der Katalysatortechnik und der Steuerspreizung mittlerweile rund 95 Prozent.
- * Im Personenstraßenverkehr haben wir bei den Stickoxidemissionen eine Trendwende erreicht und erwarten bis zum Jahr 2005 eine deutliche Reduzierung.
- * Wir haben einen Dreistufenplan für die Abgasgesetzgebung für LKWs, Busse, PKWs, Motorräder und Mopeds in die Brüsseler Verhandlungen eingebracht. Bei PKWs, LKWs und Bussen ist die Euro-Norm I seit 1993 in Kraft und die Euro-Norm II mit teilweise um 50 Prozent gesenkten Grenzwerten für 1996 festgelegt. Bei der Euro-Norm III treten wir für eine weitere umfassende Senkung der Grenzwerte ein.
- * Dies unterstützen wir in Deutschland bereits durch den Übergang zu einer emissionsorientierten Kraftfahrzeugsteuer bei LKWs.
- * Die Freistellung der reinen Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer hat zum erhöhten Anbau von nachwachsenden Rohstoffen zur Kraftstoffverwendung beigetragen: Allein in den Jahren 1993 bis 1995 stiegen die Anbauflächen von 50.000 Hektar um über 500 Prozent auf 250.000 Hektar.
- * Der ermäßigte Mineralölsteuersatz für Kraft-Wärme-Kopplung trägt dazu bei, daß erzeugte Wärme umweltpolitisch sinnvoll genutzt wird und sich der CO₂-Ausstoß um rund zehn Millionen Jahrestonnen vermindert.

- Deutschland gewährt außerdem eine Kraftfahrzeugsteuerbefreiung bzw. Steuerermäßigung für Elektrofahrzeuge, um deren Entwicklung und Einsatz voranzutreiben. Ebenso ist eine Steuerermäßigung für erdgasbetriebene Kraftfahrzeuge in Vorbereitung.
- * Die Ermäßigung des Umsatzsteuersatzes für Personenbeförderung im Nahverkehr, sowie die Kraftfahrzeugsteuerbefreiung von Omnibussen im Linienverkehr sind wichtige Voraussetzungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den ÖPNV.
 - * Natürliche Düngemittel unterliegen in Deutschland seit langem dem ermäßigten Umsatzsteuersatz.
 - * Bereits seit 1974 gilt bei uns die Grundsteuerbefreiung für Grundstücke, die gemeinnützigen Zwecken, wie z.B. dem Naturschutz dienen.
 - * Deutschlands Flüsse sind wieder sauberer geworden.
 - * Deutschland verzichtet als weltweit erster Staat seit 1994 auf die Herstellung und weitestgehend auch auf die Verwendung von FCKW.
 - * Mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz haben wir im vergangenen Jahr gegen den Widerstand von SPD und Grünen einen Ordnungsrahmen durchgesetzt, um weitere Kräfte des Marktes zum Schutz der Umwelt zu mobilisieren.
 - * Die Entkoppelung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum ist gelungen: Der Einsatz von Primärenergie ist seit Anfang der 70er Jahre trotz Wirtschaftswachstum konstant. Das gleiche wirtschaftliche Ergebnis erzielen wir heute mit 30 Prozent weniger Energie.
 - * Umweltschutztechnologien stehen im Mittelpunkt der Forschungsförderung der Bundesregierung. Sieben der 16 Großforschungseinrichtungen des Bundes betreiben Umweltforschung.
 - * Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt hat seit ihrer Gründung im Jahr 1990 bereits mehr als eine Milliarde an Umweltinvestitionen angestoßen.

Neue Herausforderungen.

Trotz unserer Erfolge verkennen wir die neuen Herausforderungen nicht. Das Stichwort „Ozonloch“ und Klimaveränderungen zeigen, daß wir es zunehmend mit globalen Risiken und Gefahren zu tun haben. Im Gegensatz zu rot-grünen Ökohysterikern und Ökochondern wollen wir die Menschen nicht ent- sondern ermutigen, an Lösungen für die Zukunft mitzuarbeiten. Gerade weil wir um die globale Dimension vieler Umweltprobleme wissen, setzen wir nicht auf allein nationale Lösungen, sondern auf den Konsens mit unseren europäischen Nachbarn und Partnern. Die Europäische Union muß unter anderem auch zu einer echten „Umwelt-Union“ weiterentwickelt werden. Um negative Klimaveränderungen zu begrenzen, brauchen wir auch Partner in der ganzen Welt.

Grüner Öko-Rigorismus und politische Alleingänge ohne Rücksicht auf die Politik der anderen großen Industriestaaten sind dabei kontraproduktiv.

Unsere Umweltpolitik beginnt im kommunalen Bereich, geht über die Grenzen Europas hinaus und stellt sich weltweiten Aufgaben wie beispielsweise dem Schutz der Meere oder dem Schutz des Regenwaldes.

Konzepte

Grundlage jeglicher Konzepte ist das Verstehen von Problemen und deren Zusammenhänge: Umweltpolitischer Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung sind kein Gegensatz. Die „ökologische Linke“ verweigert sich dieser Erkenntnis. Ohne Rücksicht auf die Standortverträglichkeit ökologischer Forderungen, ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze, die Zukunft Bayerns und Deutschlands als Industriestaat, legen sie mit falschen Konzepten in blinder Öko-Manie die Axt an die Wurzeln unseres Wohlstandes und stellen damit die erreichte Lebensqualität in Frage. Unabhängig von meßbarem umweltpolitischem Nutzen setzen sie vorschnell auf staatliche Reglementierung und Verzicht. Immer noch benutzen sie Ökologiepolitik als parteiideologisches Vehikel, gefährden unsere Zukunft und schaden damit dem wirklichen Schutz von Umwelt und Natur.

Umweltgerechte Produkte und Technologien

Die Lösung von Umweltproblemen sieht die CSU vorrangig durch Forschung und Entwicklung und dem Einsatz modernster Technik gewährleistet. „Intelligente“,

von Anfang an auf umweltgerechte Produktion, umweltgerechten Ver- und Gebrauch sowie umweltgerechte Entsorgung konzipierte Produkte dienen dem Menschen und der Umwelt.

Die Wirtschaft ist von der Schnelligkeit der Entwicklung geprägt. Die weltweite, in Deutschland hinter uns liegende Rezession brachte es klar zu Tage: Wir stehen in Konkurrenz mit neuen Billiglohnländern und neuen Industrienationen. Dabei werden die Schnellen die Langsamen überrunden. Wir wollen zu den Schnellen gehören. Das gilt auch für intelligente umweltgerechte Produkte, die den Anbietern langfristig einen Wettbewerbsvorsprung verschaffen. Dazu brauchen wir eine noch engere Verzahnung zwischen Forschung und Wirtschaft, auch unter Ausnutzung der neuen Techniken.

Nur mit einer internationalen, wirtschaftlichen und technologischen Führungsposition können wir den sozialen Standard erhalten, zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen, für den Schutz von Umwelt und Natur sorgen und damit eine hohe Lebensqualität sicherstellen.

Umweltechnologie

Die Umweltechnologie ist ein Wirtschaftszweig der Hochtechnologie mit enormen Zuwachsraten. Deutsche Umwelttechnik ist bereits zu einem Exportschlager geworden. Unser Anteil am Weltmarkt für Umweltechnologie beträgt schon heute 21 Prozent. Der Zusammenhang ist unverkennbar: Umweltechnologie sichert und schafft Arbeitsplätze mit Zukunft. Der deutsche Arbeitsmarkt weist derzeit 700.000 Arbeitsplätze im Bereich des Umweltschutzes nach; in 4.000 Unternehmen (vor 15 Jahren waren es erst 1.000) formulieren vor allem Mittelständler neue Ideen. Im Jahr 2000 wird mit mehr als einer Million Arbeitsplätze im Bereich des Umweltschutzes gerechnet.

Umweltbewußtsein

Umwelttechnik löst die meisten, aber nicht alle Umweltprobleme. Wenn wir unsere Industriegesellschaft zu einer umweltgerechten Wohlstandsgesellschaft fortentwickeln wollen, sind wir darauf angewiesen, daß sich das bereits gut entwickelte Umweltbewußtsein unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zunehmend auch in einem umweltgerechten Verhalten niederschlägt. Umweltschutz muß in den Köpfen jedes Einzelnen beginnen. Wir brauchen Offenheit für neue technische Lösungen; wo

diese nicht ausreichen aber auch die Bereitschaft zum Verzicht und zum Zurückschrauben von Ansprüchen.

Den Menschen muß noch mehr bewußt werden, daß wir alle Verantwortung für die Schöpfung tragen. Für uns ist der Mensch ein Teil der Schöpfung, der berufen ist, sie ebenso zu nutzen und zu gestalten wie zu bewahren und zu erhalten.

Umweltpolitische Schwerpunkte sind vor allem:

- * Wir wollen die CO₂-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent gegenüber 1990 senken.
- * Die Einsparung von Energie und die Sicherung einer schadstoffarmen Energieversorgung stehen im Mittelpunkt unseres ausgewogenen Energiekonzepts. In Bayern werden bereits rund 80 Prozent des Stroms ohne Kohlendioxid erzeugt. Diese umweltpolitische Spitzenposition verdanken wir der Nutzung von Wasserkraft und vor allem dem Einsatz der Kernenergie. Zu ihr gibt es gegenwärtig keine Alternative. In Deutschland vermeidet die Kernenergie derzeit jährlich 150 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen. Grüne und SPD lehnen sie kategorisch ab. Ihr Umweltbewußtsein ist reine Heuchelei, nachdem sie gleichzeitig auf fossile Brennstoffe setzen. Sie wollen die Kohle subventionieren und sie anschließend mit einer Energiesteuer belastet verheizen. Das ist schizophren.

Es wäre verantwortungslos, die deutschen Kernkraftwerke als die weltweit sichersten abzuschalten. Deutschland würde damit nicht nur seinen Einfluß auf die weltweite technologische Entwicklung aufgeben, sondern auch seine Spitzenposition in Fragen der Reaktorsicherheit und der Entsorgungstechnik.

Die CSU fördert mit Nachdruck die Entwicklung und Verwendung nachwachsender Rohstoffe, die geeignet sind, die Vorräte an fossilen Brennstoffen zu schonen oder andere Rohstoffe zu ersetzen. Wir wollen in Bayern bis zum Jahr 2000 13 Prozent der Energie aus regenerativen Energien gewinnen, davon fünf Prozent aus Biomasse.

- * Die Bewältigung der für eine florierende Wirtschaft notwendigen Verkehrsströme und die dabei entstehenden Belastungen für die Umwelt sind Schlüsselfragen unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunft. Die CSU strebt

eine dichte Vernetzung aller Verkehrsträger im Güter- und Personenverkehr an. Moderne elektronische Informationssysteme werden wir für eine optimale Steuerung der Verkehrsflüsse nutzen. Wir wollen Staus vermeiden, damit die Umwelt schonen und gleichzeitig volkswirtschaftliche Verluste minimieren. Während wir handeln, zelebrieren SPD und Grüne Technikfeindlichkeit.

- * Wir setzen auf Kraftfahrzeuge mit deutlich niedrigerem Treibstoffverbrauch. Die diesbezügliche Selbstverpflichtung der Automobilindustrie ist dazu ein erster Schritt.
- * EU-weit brauchen wir umweloptimierte Kraftstoffe. Nachdem inzwischen bleifreier Kraftstoff weitgehend im Einsatz ist, muß jetzt insbesondere der Benzolgehalt in allen Benzinsorten von allen Herstellern weiter reduziert und bis 1999 möglichst gegen null gebracht werden. Gleiches gilt für andere Schadstoffe, wie zum Beispiel den Schwefel.
- * Auch die Forschung nach Alternativen zum Benzin, wie zum Beispiel dem Wasserstoff, muß intensiviert werden und bereits verfügbare Alternativen, wie Erdgas, müssen vermehrt zum Einsatz kommen.
- * Der Einsatz der Katalysatortechnik muß für alle Kraftfahrzeuge gelten; wir wollen, daß spätestens zum Jahr 2000 alle PKWs ohne Katalysator bzw. mit unzureichender Abgasreinigung aus dem Verkehr gezogen werden. Wir brauchen die Katalysatorpflicht auch für Motorräder.
- * Wir wollen, daß Bund und Länder gemeinsam das geplante Bodenschutzgesetz zügig verwirklichen und das Naturschutzgesetz novellieren.
- * Der Einsatz neuer Materialien im Verpackungsbereich wird durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz forciert.
- * Rohstoffe sollen möglichst lange im Wirtschaftskreislauf gehalten werden. Wir brauchen Anreize für die Entwicklung neuer, schadstoffarmer Verwertungstechniken und müssen diese auch auf dem Markt durchsetzen. Bei der Entwicklung neuer Produkte müssen Hersteller von Anfang an auch auf die Ziele der Abfallwirtschaft Rücksicht nehmen. Wir werden deshalb die im Gesetz verankerte Produktverantwortung für wichtige Konsumgüter wie Kraftfahrzeuge und Elektronikgeräte konkretisieren. Vorrang haben für uns Selbstverpflich-

tungen der einschlägigen Industriebranchen. Dies wird uns aber nicht daran hindern, Rücknahmeverpflichtungen notfalls auch in Verordnungen festzulegen.

- * Wertstoffe können in vielfältiger Weise durch eine sinnvolle Abfallpolitik nicht nur als Schlüssel für nachhaltigen Schutz von Umwelt und Natur sondern auch wirtschaftlich genutzt werden. Wir wollen die Abfallwirtschaft immer mehr dem Ideal einer Kreislaufwirtschaft annähern. Dies entlastet die Umwelt und schont Rohstoffe.
- * Wasser ist kostbarstes Nahrungsmittel, sauberes Wasser ist für jegliches Leben unerlässlich. Insgesamt sind 1994 in Deutschland etwa zwölf Milliarden Mark in den Gewässerschutz und die Verbesserung der Wasserqualität investiert worden. Wir werden den Grundwasserschutz weiter vorantreiben und steigenden Gebühren für Abwasser durch vorbehaltlose Prüfung weiterer Privatisierungen entgegenwirken.
- * Gentechnik ist eine Schlüsseltechnologie der Zukunft mit enormen Chancen auch für den Umweltschutz. Insbesondere bei der notwendigen zügigen Sanierung von Altlasten kann sie erhebliche Dienste leisten. Auch der Chemieeinsatz in der Landwirtschaft kann erheblich verringert werden.

Bei der Durchsetzung dieser Ziele gehen wir auch neue Wege. Grundlage für den Schutz der Umwelt wird auch in Zukunft die Sicherung eines ausreichenden Umweltschutzniveaus durch Ordnungsrecht, also Ge- und Verbote sein. Zu viele Detailregelungen führen aber heute zu einem Übermaß an Bürokratie, immer höheren Kosten und letztlich auch Vollzugsdefiziten.

Deshalb setzen wir zunehmend auf Kooperation und arbeiten mit flexiblen, marktwirtschaftlichen Instrumenten. Dazu gehören präzise und überprüfbare Selbstverpflichtungen der Wirtschaft.

Darauf zielt der von der Bayerischen Staatsregierung angestrebte „Umweltpakt 2000“. Mit dieser freiwilligen Vereinbarung zwischen Staatsregierung und bayerischer Wirtschaft soll bis zum Jahr 2000 mehr Umweltschutz u.a. in den Bereichen Umweltmanagement und Verkehr oder bei der Sanierung von Altlasten erreicht werden.

Ergänzend zu staatlichen Ge- und Verboten sind marktwirtschaftlich ausgerichtete Instrumente wie Lenkungsabgaben und steuerliche Anreize verstärkt bei den anstehenden steuerpolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Wir wollen das Steuerrecht schrittweise modifizieren und ergänzen, das geltende leistungsbezogene Steuerrecht aber in der Substanz erhalten.

Nationale „Öko-Steuer-Alleingänge“ wären aber Gift für die Wirtschaft und Gift für die Umwelt. Die Grünen fordern eine Verteuerung von Heizöl, Erdgas und Strom um 90, 65 und 55 Prozent und setzen damit die Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze unserer energieintensiven Wirtschaftsunternehmen aufs Spiel. Sie steuern einen Benzinpreis von fünf Mark pro Liter an. Während wir es nicht zulassen, daß Mobilität zum Luxus wird und die ländlichen Räume unerträglich belastet werden, wollen SPD und Grüne eine ökologisch verordnete Klassengesellschaft.

Stadt und Land

Stadt und Land sind gewachsene Lebensräume. Menschengerechte Städte und Gemeinden sind für uns Leitbild beim Städte- und Wohnungsbau und unserer Politik für den ländlichen Raum. Hierzu gehört in besonderem Maße umweltverträgliches Bauen. Umweltgerechte Planung muß dabei alles einbeziehen, was dem umfassenden Schutz unseres Lebensumfeldes dient.

Bäuerliche Landwirtschaft

Eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft ist ein bedeutender Teil des freien und selbständigen Mittelstandes in einer modernen Industriegesellschaft und für die Versorgung der Menschen unabdingbar. Die CSU steht zum bäuerlichen Eigentum. Unsere bayerischen Bäuerinnen und Bauern sind Garanten für gesunde Nahrungsmittel. Eine leistungsfähige Landwirtschaft stärkt gleichzeitig die Lebens- und Erholungsbedürfnisse aller, zum Beispiel durch die Landschaftspflege.

Anders als bei rot/grün sind für uns Landwirte Hüter der Natur. Die Leistungen der Landwirtschaft für die Allgemeinheit verdienen Anerkennung und Unterstützung. Für die CSU ist es unerträglich, wie die Bäuerinnen und Bauern von ideologieblinden und selbsternannten „Ökologen“ immer wieder pauschal zu Umweltsündern abgestempelt werden. Die Folgen einer einseitigen Politik zu Lasten der Landwirtschaft à la rot/grün wären verstepte Felder, verwahrloste Landschaften und verödete Dörfer.

Verbraucherschutz

Den Verbraucherschutz werden wir verstärken und fordern auf europäischer Ebene eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung. Nur so ermöglichen wir dem Verbraucher, gesundheits- und qualitätsorientiert einkaufen zu können.

Unser Einsatz für den Schutz von Umwelt und Natur.

Die CSU wird sich wie in der Vergangenheit auch in Zukunft auf allen politischen Ebenen entschieden für den Schutz von Umwelt und Natur einsetzen und dabei den Fortschritt der Industriegesellschaft sowie Forschung und Technik nutzen und dem Menschen dienstbar machen. Wir forcieren die Entwicklung intelligenter, umweltgerechter Produkte. Hierzu brauchen wir eine enge Kooperation zwischen Schulen und Hochschulen, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Politik. Gemeinsam ebnen wir den Weg in eine chancenreiche Zukunft. Lebensfreude und Lebensqualität jedes Einzelnen, die sich in einer intakten Umwelt und fortschrittlichen Wirtschaft wiederfinden, sind Maßstab unserer Politik.

Grüne und SPD haben sich mit irrationaler Technikfeindlichkeit aus der Gestaltung von Gegenwart und Zukunft verabschiedet, sie blockieren damit notwendige Entwicklungen und schaden Mensch und Umwelt. Technikfeindlichkeit und bestmöglicher Schutz der Umwelt passen nicht zusammen. Wer NEIN sagt zur Technologie, sagt NEIN zum Schutz der Umwelt und NEIN zur Zukunft. Die CSU sagt JA zur Zukunft in einer lebenswerten Umwelt und einer chancenreichen Wirtschaft für jetzige und künftige Generationen.

Unser umweltpolitisches Konzept ist schlüssig und sichert den Wirtschaftsstandort Deutschland. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern im Europäischen Parlament, mit der von CDU und CSU getragenen Bundesregierung, mit unseren Mitgliedern im Deutschen Bundestag, der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion wie auch mit unseren Tausenden von Verantwortungsträgern in Bayerns Bezirken, Landkreisen, Städten und Gemeinden werden wir weiter an einer gesicherten Zukunft unserer Heimat und unseres Vaterlandes arbeiten.

Auch im 50. Jahr ihres Bestehens ist die CSU Garant für Freiheit und Frieden, soziale und wirtschaftliche Sicherheit, Lebensqualität und Lebensfreude in einer gesunden Umwelt.